

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 11.06. – 15.06.2012

Unser Projekt heißt Zukunft.
Machen Sie mit.



SPD

Inhalt

1. Entscheidung vertagt: Unsoziales Betreuungsgeld vorerst gestoppt
2. Der fliegende Teppich
3. Entgeltgleichheit: Gleiche Bezahlung für Männer und Frauen
4. Korruption im Gesundheitswesen wirksam bekämpfen
5. Pflege-Bahr
6. Kinderarbeit stoppen!



Entscheidung vertagt: Unsoziales Betreuungsgeld vorerst gestoppt

Die für heute geplante Einbringung des hoch umstrittenen Betreuungsgeldes der schwarz-gelben Koalition ist gescheitert. Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau erklärte vor der Debatte zum Betreuungsgeld das Plenum für beschlussunfähig, da mehr als die Hälfte der Abgeordneten nicht anwesend waren – darunter 126 Abgeordnete der Koalition. Damit musste die Sitzung des Parlaments abgebrochen werden. Somit kann Ministerin Schröder nun ihren Gesetzentwurf zum Betreuungsgeld nicht wie geplant in einem Hauruckverfahren in zwei Wochen durch den Bundestag peitschen. Wir hoffen, dass das unsägliche Betreuungsgeld so wenigstens hinausgezögert wird.

Wir haben bereits mehrfach, auch an dieser Stelle, begründet, warum wir die unsoziale Herdprämie stoppen wollen. Viele Experten und die meisten Bürgerinnen und Bürger teilen unsere Auffassung. Es gibt viele Kritiker des Betreuungsgeldes, übrigens auch in der CDU. Die Kanzlerin selbst versucht händeringend die aufmüpfigen 30 Frauen der CDU-Fraktion zur Raison zu bringen. Das die Kanzlerin wegen einiger konservativer CSUler tatsächlich das unsinnige Betreuungsgeld durchboxen will, zeigt einmal mehr den desolaten Zustand dieser Regierung. Wir dürfen gespannt sein, ob das Betreuungsgeld nun in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause in 1. Lesung eingebracht werden kann oder noch weitere

Überraschungen warten. Der erste Versuch, den Koalitionsfrieden zulasten von Kindern zu retten, ist zunächst einmal gründlich schief gegangen.

Zum Hintergrund: Süddeutsche Zeitung online, 12.6.12:

Die Fronten sind klar: Die CSU will das Betreuungsgeld. In der CDU gibt es eine erkleckliche Anzahl von Gegnern. Die FDP wird im Sinne des Koalitionsfriedens wohl zustimmen. Es ist nun vor allem Sache des neuen Parlamentarischen Geschäftsführers der Unionsfraktion, eine klare Mehrheit für das Lieblingsprojekt von CSU-Ministerpräsident Horst Seehofer zu schmieden. Keine leichte Aufgabe für den Niedersachsen Michael Grosse-Brömer.

*Am Morgen hatte er seinen ersten Auftritt vor der Hauptstadtresse. Und leistete sich direkt einen kleinen Fauxpas, der den skeptischen Frauen in der CDU noch sauer aufstoßen könnte. **Das Betreuungsgeld, geschätzte Gesamtkosten von 1,5 bis drei Milliarden Euro pro Jahr, sei als eine "kleine Aufmerksamkeit" gedacht für jene Eltern, die ihre unter dreijährigen Kinder zu Hause betreuten. Von 2013 an soll es zunächst für einjährige Kinder 100 Euro monatlich geben. Von 2014 an sollen auch Zweijährige einbezogen und der Betrag für alle auf 150 Euro monatlich erhöht werden.***

Wie diese kleine Aufmerksamkeit allerdings finanziert werden soll, darauf hat Grosse-Brömer noch keine Antwort. Die gute Konjunktur schaffe neue Spielräume im Haushalt, sagte er. Sicher aber ist wohl, dass es so schnell noch keine Überschüsse im Bundeshaushalt geben wird. Das bedeutet de facto Schuldenfinanzierung.

Aktuelle Stunde: Minister Niebel und sein fliegender Teppich

An seinem neuen Esszimmer-Accessoire, einem afghanischen Teppich, wird Entwicklungsminister Niebel wenig Freude haben. Zur Erinnerung: Dirk Niebel ist derjenige, der das Entwicklungsministerium vor seinem Amtsantritt abschaffen wollte. Nachdem er dann genau dort Minister wurde, wurde der Personalrat entmachtet, das Ministerium aufgebläht und viele fachfremde FDP-Freundinnen und Freunde dort untergebracht.

Nun hat der Minister auf einer Dienstreise in Afghanistan einen Teppich privat erworben und ließ das gute Stück, ohne es zu verzollen, in einem Flugzeug des Bundesnachrichtendienstes (BND) nach Berlin bringen.

Über dieses Fehlverhalten wundert man sich zwar bei diesem Minister weniger, leider passt es ins Bild - aber es ist peinlich und fügt dem guten Ruf der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und allen die sich dort engagieren erheblichen Schaden zu. Wer als Bundesminister von den Entwicklungsländern einen entschlossenen Kampf für Integrität und gegen Korruption fordert, der muss sich auch selbst in die Pflicht nehmen.

Entgeltgleichheit: Gleiche Bezahlung für Männer und Frauen



Am Donnerstag brachten wir ein „Lohnentgeltgleichheitsgesetz“ in den Bundestag ein ([für den Entwurf bitte hier klicken](#)) um die Lohndiskriminierung von Frauen zu beenden. Die SPD beschäftigt sich seit langem mit diesem Thema und hat nun als erste Partei einen Gesetzentwurf vorgelegt. Die Arbeit von qualifizierten Frauen muss endlich genauso viel wert sein, wie die Arbeit von qualifizierten Männern. Frauen in Deutschland verdienen bei gleicher Arbeit 23 Prozent weniger als Männer. Nur Japan und Korea schneiden im Vergleich noch schlechter ab. Das belegt eine aktuelle Studie der OECD über die Industrienationen.

EU-weit liegt Deutschland an drittletzter Stelle. Frauen werden in unserem Land in puncto Bezahlung diskriminiert und wie Bürger zweiter Klasse behandelt. Das ist ungerecht, unsozial und unfair. Diesen Zustand wollen wir ändern! Von Schwarz-Gelb ist leider nichts zu erwarten, die Regierung sieht wieder einmal keinen Handlungsbedarf.

Seit Jahren wird am Equal Pay Day die große Lohnlücke zwischen Frauen und Männern von allen Parteien beklagt. **Wir sagen: Klagen allein hilft nicht, es besteht dringender gesetzgeberischer Handlungsbedarf. Wir machen ernst, während die Bundesregierung weiterhin auf Freiwilligkeit setzt und lediglich zusieht.**

Korruption im Gesundheitswesen wirksam bekämpfen

Wir haben ein hervorragendes Gesundheitssystem mit gut ausgebildeten und engagierten Ärzten.

Trotzdem gehen der Gesetzlichen Krankenversicherung aufgrund von Fehlverhalten einiger schwarzer Schafe bei Ärzten, Apothekern, Pharmavertretern und sonstigen Leistungserbringern jährlich mehrere Milliarden Euro verloren. Grund ist unter anderem das komplizierte und vor allem intransparente Abrechnungsverfahren. **So rechnen zum Beispiel Vertragsärzte mit der Kassenärztlichen Vereinigung ab – ohne das der Patient die Abrechnung sieht. Hier ist die Versuchung groß und die Hemmschwelle gering, mehr oder falsch abzurechnen.**



Im deutschen Recht besteht eine Rechtslücke. So können niedergelassene Ärzte nicht wegen Bestechlichkeit bestraft werden. Selbst dann nicht, wenn sie nachgewiesen ein Medikament z. B. im Bereich der Onkologie nur deshalb verordnen, weil sie Geldzahlungen erhalten. Auch ist in diesen Fällen oftmals aufgrund der gesetzlichen Preisbindung von Arzneimitteln und des großen Auswahlermessens des Arztes kein Betrugsschaden entstanden.

Patienten müssen sich aber bei allen Entscheidungen darauf verlassen können, dass ausschließlich medizinische Gründe beispielsweise für das Verschreiben eines bestimmten Arzneimittels maßgeblich

sind. Genauso müssen die Patienten sicher sein, wenn der Arzt eine bestimmte Klinik empfiehlt, dass er das allein aus medizinischen Gründen macht.

Wie notwendig ergänzende rechtliche Regelungen sind, zeigt auch eine kürzlich veröffentlichte Studie des GKV-Spitzenverbandes. Darin ist von sogenannten Fangprämien zu lesen. Mit anderen Worten, diese Studie beschreibt Patientenzuweisungen gegen Entgelt - und das in allen Variationen. So ist nicht ganz selten üblich, dass z. B. Augentiker oder Hörgeräteakustiker für jeden Patienten eine Prämie an den entsprechenden Arzt zahlen!

Wir brauchen also eine Regelung im Strafrecht. Wir brauchen einen Straftatbestand „Korruption“. Dabei muss man natürlich die Besonderheiten unseres Gesundheitssystems beachten. Damit schaffen wir ein Unrechtsbewusstsein bei allen Akteuren im Gesundheitswesen. Denn Korruption im Gesundheitswesen ist kein Kavaliersdelikt, da die Schäden nicht nur beträchtlich sind, sondern vor allem auch zulasten der ordnungsgemäß abrechnenden Vertragsärzte gehen. Denn im Rahmen der budgetierten Gesamtvergütung kann das Geld, was sich einige nicht korrekt handelnde Akteure im Gesundheitswesen erschleichen von den ordnungsgemäß arbeitenden Ärzten nicht mehr verteilt werden. So ist es im Interesse, auch und gerade der Ärzte sowie der Kassenärztlichen Vereinigung, dass die Korruption im Gesundheitswesen wirksam bekämpft wird.

5 Euro Pflege-Bahr – Bundesregierung will private Pflegevorsorge fördern



Im Koalitionsausschuss der schwarz-gelben Bundesregierung lenkte die Union ein und **Gesundheitsminister Daniel Bahr hat sich in dieser Woche mit seinem Lieblingsprojekt durchgesetzt.** Künftig will die Bundesregierung die private Pflegevorsorge mit einem staatlichen Zuschuss unterstützen. Mit anderen Worten: **Der „Pflege-Bahr“ kommt! Mit 5 Euro ist man dabei, wenn man eine private Pflegezusatzversicherung abschließt.**

Für uns Sozialdemokraten bedeutet das zunächst zweierlei: Die FDP betreibt nach wie vor lupenreine Lobby- und Klientelpolitik. In 2009 waren es die Hoteliers, heute sind es die Versicherungskonzerne, die von der konservativ-liberalen Regierungskoalition bedacht werden. Zudem verschärft die FDP so auch eine Zwei-Klassen-Versorgung bei der Pflege und damit bei der Gesundheitsversorgung insgesamt.

Die private Pflegezusatzversicherung ist ein Geschäft für die Versicherungskonzerne, nicht aber für die Bedürftigen. Gesunde werden auch weiterhin die günstigeren, bereits heute erhältlichen Angebote abschließen. Kranke und Menschen mit hohem Pflegerisiko müssen dagegen auf den „Pflege-Bahr“ ausweichen. Das bedeutet, die Versicherungsunternehmen müssen Risikozuschläge in die Prämien einkalkulieren. Das macht dann die geförderten Versicherungen am Ende wahrscheinlich deutlich teurer als die herkömmlichen Angebote.

Wir Sozialdemokraten befürchten, dass der „Pflege-Bahr“ ein Sparen ohne Rendite sein wird, allenfalls eine Subvention der privaten Krankenversicherungen. Wir befürchten zudem, dass diejenigen, die sich eine private Zusatzversicherung nicht leisten können, demnächst einer „Zwei-Klassen-Pflege“ ausgesetzt sein werden.

Kinderarbeit stoppen!

Weltweit müssen Kinder arbeiten. Um sich und ihre Familien am Leben erhalten zu können, müssen in manchen Ländern der Welt schon die Kleinsten schwere körperliche Arbeit verrichten. Immer noch gelangen Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit (vielleicht auch Dirk Niebels Teppich) auf den deutschen Markt. Wir fordern die Bundesregierung in unserem Antrag ([für den Text bitte hier klicken](#)) daher auf, dringend ein Importverbot für diese Waren zu prüfen und Kinderarbeit im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu bekämpfen. Dazu gehört auch, sicherzustellen, dass Unternehmen bei allen Produktionsschritten Kinderarbeit ausschließen und bei der Vergabe von Aufträgen darauf achten, dass weder in Deutschland noch auf EU-Ebene Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit verbreitet werden. Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir mehr Aufklärung und ein einheitliches Zertifizierungssystem – dafür setzen wir uns ein.

UNSERE TIPPS:

- **Kunst im Parlament!:** das Kunstvermittlungsprogramm für Kinder und Jugendliche im Kunst-Raum und im Mauer-Mahnmal des Deutschen Bundestages in Berlin. Für junge Leute bietet der Bundestag mehrere Workshops und Ausstellungen an. Für die kostenfreien Veranstaltungen wird um verbindliche Anmeldung mit Namen und Geburtsdatum gebeten unter kunst-raum@bundestag.de. Mehr Infos gibt es unter: www.kunst-im-bundestag.de
- die **SPD-Bundestagsfraktion** hat ihre **Homepage** erneuert und präsentiert sich nun noch informativer und benutzerfreundlicher unter: www.spdfraktion.de

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia